

AUSSCHUSS FÜR DIE RECHTE DES KINDES
Zwanzigste Tagung
PRÜFUNG VON BERICHTEN, DIE VON DEN VERTRAGSSTAATEN
GEMÄSS ARTIKEL 44 DES ÜBEREINKOMMENS VORGELEGT WURDEN

Abschließende Beobachtung des Ausschusses
für die Rechte des Kindes: Österreich
(Zusammenfassende Arbeitsübersetzung¹)

1. Der Ausschuss prüfte den zweiten periodischen Bericht Österreichs (CRC/C/83/Add.8) auf seiner 1007. bis 1008. Tagung (vgl. CRC/C/SR.1007 und 1008) am 14. Jänner 2005 und verabschiedete auf seiner 1025. Sitzung am 28. Jänner 2005 folgende abschließende Beobachtung:

A. Einleitung

2. Der Ausschuss begrüßt die Vorlage des zweiten periodischen Berichts des Vertragsstaates, der den Richtlinien des Ausschusses entspricht. Der Ausschuss drückt auch seine Befriedigung über die schriftlichen Antworten zu der Fragenliste (CRC/C/Q/AUT/2), die umfassenden statistischen Informationen und die ihm während des Dialogs und unmittelbar danach zur Verfügung gestellten zusätzlichen Informationen, die es ihm ermöglicht haben, die Situation der Rechte des Kindes im Vertragsstaat zu beurteilen, aus. Der Ausschuss begrüßt die hochrangige Delegation und den konstruktiven und offenen Dialog.

B. Follow up Maßnahmen und Erfolge in der Umsetzung

3. Der Ausschuss lobt den Vertragsstaat für seine Follow-up Maßnahmen auf die Abschließenden Beobachtungen 1999 und hebt besonders positiv hervor:

- a) Die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassungen von Oberösterreich, Vorarlberg und Salzburg.
- b) Die Annahme des Kindschaftsrechts-Änderungsgesetzes 2001
- c) Die Einrichtung der Bundesjugendvertretung 2001
- d) Die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zur Kinderrechtskonvention (KRK) über Kinder in bewaffneten Konflikten und des Fakultativprotokolls zur KRK betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie sowie die Ratifikation des ILO-Übereinkommens Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung und ILO-Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.

¹ Der englische Text ist die authentische Fassung und als solche allein maßgeblich (s. Seite 12 ff). Diese Arbeitsübersetzung soll die Lektüre des englischen Originals erleichtern; es wurde daher nicht wörtlich übersetzt."

C. Wichtigste besorgniserregende Themenbereiche sowie Empfehlungen des Ausschusses

1. Generelle Maßnahmen zur Implementierung der KRK (Art. 4, 42, 44-6)

4/5. Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses zum Erstbericht:

Der Ausschuss begrüßt die Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses (CRC/C/15/Add. 98) zum Erstbericht und legt besonderen Nachdruck auf jene Empfehlungen, die nicht ausreichend umgesetzt wurden:

- a) Rücknahme der Vorbehalte (Abs. 7)
- b) Koordinierende Einrichtung für KR-Politik (Abs. 10)
- c) Budget-Ansatz für EZA (Abs. 12)
- d) Jugendgerichtsbarkeit (Abs. 29)

Der Ausschuss fordert dringend auf, die offenen Empfehlungen aus 1999 und jene der vorliegenden Abschließenden Beobachtung ernsthaft aufzugreifen.

6/7. Vorbehalte

Der Ausschuss nimmt die Begründungen Österreichs für die Aufrechterhaltung der Vorbehalte zu Art. 13, 15 und 17 zur Kenntnis, bleibt aber weiterhin bei seiner Auffassung, dass sie gerade im Lichte der Wiener Erklärung und des bei der Menschenrechte-Weltkonferenz 1993 verabschiedeten Aktionsplans nicht notwendig seien.

Der Ausschuss empfiehlt, die Zurücknahme der Vorbehalte wie im Abs. 26 des 2. Staatenberichts angekündigt, erneut zu überprüfen.

8/9. Gesetzgebung

Der Ausschuss begrüßt die Schritte zur Aufnahme der KRK in die Bundesverfassung im Ö-Konvent und regt zu weiteren Anstrengungen zur Übernahme der KRK in den Landesverfassungen und der Bundesverfassung an.

Der Ausschuss ist aber besorgt über einzelne Gesetze, die der KRK nicht völlig entsprechen insbesondere in Bezug auf Familienzusammenführung (Art. 10), Schutz von unbegleiteten Minderjährigen (Art. 20) und Flüchtlingskindern (Art. 22).

10/11. Koordination der KR-Politik

Der Ausschuss schätzt die Anstrengungen Österreichs zu einer verbesserten Koordination der Kinderrechtspolitik, vermisst aber weiterhin eine spezifische Einrichtung auf Bundes- und Länderebene mit einem eindeutigen Mandat, die Implementierung der KRK in umfassender Weise zu koordinieren.

Er empfiehlt die Einrichtung permanenter und effektiver Koordinationsmechanismen auf Bundes- und Länderebene mit ausreichenden Personal- und Finanzressourcen, die eine effiziente Umsetzung ermöglichen.

12/13. NAP - Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern

Der Ausschuss schätzt die Verabschiedung des umfassenden Nationalen Aktionsplans für die Rechte von Kindern und Jugendlichen in November 2004, der den Zielen des Weltkindergipfels „A world fit children“ entspricht.

Er empfiehlt, dass der NAP schließlich vom Nationalrat angenommen wird und dass ausreichend zeitgerechte finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um eine Umsetzung zu ermöglichen. Auch die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen interessierten und relevanten Gruppen muss ermuntert und ermöglicht werden. Empfohlen wird ferner, Indikatoren für das Monitoring und die Evaluation des NAP zu entwickeln.

14/15. Internationale Kooperation

Der Ausschuss begrüßt die Einrichtung der Austrian Development Agency (ADA) und das Vorhaben der Anhebung der ODA von derzeit 0,22 % auf 0,33 % des BIP im Jahre 2006.

Er bedauert jedoch, dass der EZA-Anteil von 0,7 % des BIP, wie es das UN-Ziel vorsieht, nicht erreicht wird und empfiehlt, die Anstrengungen zu vergrößern um dieses zu erreichen und in seinen Programmen und Projekten speziellen Fokus auf Kinderrechte zu legen.

16/17. Daten und Statistiken

Der Ausschuss anerkennt die umfassenden Daten, die dem Ausschuss im Bericht und in den schriftlichen Antworten zur Verfügung gestellt wurden. Er bedauert aber, dass es in bestimmten Bereichen der KRK keine disaggregierten Daten gibt. Z.B. über Asylsuchende und Flüchtlingskinder oder über nationale und internationale Adoptionen sowie über Budgets für behinderte Kinder.

Der Ausschuss empfiehlt, ein System für die umfassende Sammlung vergleichbarer Daten zur KRK zu entwickeln. Diese Daten sollen alle Kinder unter 18 Jahren erfassen und disaggregiert sein, unter besonderer Bedachtnahme auf "verwundbare" Gruppen einschließlich von Flüchtlingskindern und asylsuchenden Kindern."

18/19. Verbreitung der KRK

Der Ausschuss anerkennt die Bemühungen Österreichs, die Prinzipien und Inhalte der KRK allgemein bekannt zu machen, meint jedoch, dass diese verstärkt und systematisiert gehören.

Die Bemühungen, die Ziele der KRK allgemein unter Kindern und Erwachsenen bekannt und verständlich zu machen sind erweitern und systematische Bildungs- und Trainingsprogramme für Kinder, Eltern und Berufsgruppen, die für und mit Kindern arbeiten, anzubieten. Kinderrechte sind auch in verschiedene Ausbildungs- und berufsbegleitende Trainings für diese Zielgruppen einzubauen.

2. Grundprinzipien der KRK (Art. 2, 3, 6 und 12)

20-24. Nicht-Diskriminierung

20-22. Ethnische Diskriminierung

Der Ausschuss anerkennt die Anstrengungen Österreichs, rassistischer Diskriminierung entgegen zu wirken – wie dies auch vom Komitee gegen rassistische Diskriminierung in seiner Abschließenden Beobachtung festgestellt wurde (CERD/C/60/CO/1).

Der Ausschuss bleibt jedoch besorgt über Äußerungen von Neo-Nazismus, Rassismus, Xenophobie und verwandter Intoleranz gegenüber MigrantInnen und Gruppen mit bestimmtem ethnischen Hintergrund und deren Auswirkungen auf Kinder, die zu diesen Gruppen gehören sowie gegenüber Flüchtlingen und asylsuchenden Kindern.

Der Ausschuss empfiehlt dem Staat seine Anstrengungen zu verstärken, bestehende Gesetze, die das Prinzip der Nichtdiskriminierung garantieren, zu implementieren und eine pro-aktive, umfassende Antidiskriminierungsstrategie gegenüber Kindern von besonders verwundbaren Gruppen anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt, dass im nächsten periodischen Bericht Maßnahmen und Programme aufgeführt werden, die Österreich unternommen hat, um die bei der „Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Xenophobie und andere verwandte Intoleranz“ 2001 beschlossene Deklaration und den Aktionsplan umzusetzen. Dabei ist die generelle Bemerkung Nr. 1 zu Art. 29 (1) der Konvention (Ziele der Erziehung) zu berücksichtigen.

23-24 . Länderunterschiede

Der Ausschuss schätzt die Informationen über die Implementierung der KRK in den Ländern und Bezirken im Bereich der Jugendwohlfahrt und Betreuungsangebote, stellt aber besorgt fest, dass verschiedene Ungleichheiten bestehen, die zur Diskriminierung führen könnten.

Der Ausschuss empfiehlt, die Gesetze (JWG) und Regelungen für Betreuungsangebote zu harmonisieren und Minimumstandards in Übereinstimmung mit der KRK auf Länder- und Bezirksebene einzuführen. Darüber hinaus wird empfohlen, dass der Bund ein systematisches Monitoring und Evaluation der Qualität, Zugänglichkeit und Verfügbarkeit dieser Angebote durchführt.

25-28. Respekt vor der Meinung des Kindes

Der Ausschuss schätzt die Einrichtung der Bundesjugendvertretung (2001) und einer Reihe von Organisationen auf lokaler Ebene sowie die Anstrengungen zur Förderung der Partizipation in Schulen. Diese Anstrengungen sollten jedoch verstärkt werden, wozu der Ausschuss empfiehlt:

- a) Stärkung der Bundesjugendvertretung und anderer Organisationen auf lokaler Ebene durch adäquate demokratische Strukturen und finanzielle Ressourcen;
- b) Gemäß Artikel 12 ist die Berücksichtigung der Meinung von Kindern und ihre Partizipation in allen sie betreffenden Angelegenheiten innerhalb der Familie, in Schulen und von administrativen Behörden und Einrichtungen zu gewährleisten;
- c) Stärkung der Bewusstseinsbildung für die allgemeine Öffentlichkeit sowie durch Erziehung und Training von Berufsgruppen für die Implementierung dieses Grundprinzips der KRK (Art. 12)

Der Ausschuss anerkennt die Aktivitäten von „Rat auf Draht“ und die staatliche Unterstützung für diese Einrichtung, meint jedoch, dass mehr strukturelle Unterstützung gebraucht wird, damit dieser Notruf effektiv arbeiten und sich entwickeln kann.

Der Ausschuss empfiehlt, dass der Notruf weiterhin und verstärkt unterstützt wird in struktureller Weise, damit diese für Kinder wichtige Einrichtung, ihre Ansichten und Sorgen auszudrücken und Rat und Hilfe zu bekommen, so effektiv wie möglich arbeiten kann.

3. Zivile Rechte und Freiheiten (KRK Art. 7, 8, 13-17 und 37 (a))

29/30. Recht auf Identität

Der Ausschuss ist über die Praxis der "anonymen Geburt" (auch bekannt als "Babyklappe" oder "Babynest") besorgt und nimmt zur Kenntnis, dass einige Daten über die Eltern/den Elternteil in informeller Weise gesammelt werden.

Der Ausschuss empfiehlt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Gebrauch der so genannten "Babyklappen" zu verhindern. Weiters empfiehlt er, vordringlich gesetzliche Regelungen für eine getrennte Registrierung aller relevanten medizinischen und anderen Daten (besonders Namen und Geburtsdatum der Eltern/des Elternteils) einzuführen und zu implementieren und dem Kind zu einem geeigneten Zeitpunkt den Zugang zu diesen Daten zu gestatten.

31/32. Zugang zu geeigneten Informationen

Der Ausschuss begrüßt die unternommenen Anstrengungen zum Schutz von Kindern vor schädlichen Einflüssen durch Medien und teilt die im Prüfungsprozess ausgedrückte Meinung, dass die bestehenden Gesetze für die Beschränkung rassistischer, gewalttätiger und gewaltauslösender Bilder, Texte und Spiele über Internet und Massenmedien sowie Computerspiele überarbeitet und ausgeweitet werden müssen.

Der Ausschuss empfiehlt, dass der Staat diese Anstrengungen verstärkt auch durch internationale Kooperation fortführt, um Kinder vor schädlichen Informationen zu schützen. Weiters wird Elternbildung und Bewusstseinsbildung für Kinder empfohlen, um Kinder effektiv vor Gewalt im Internet, TV und Computerspielen zu schützen.

33/34. Schutz der Privatsphäre von Kindern

Der Ausschuss ist besorgt über Information von Kindern und Erwachsenen, dass das Recht auf die Privatsphäre von Kindern im Alltag wie z.B. die persönliche Post nicht immer respektiert wird.

Er empfiehlt, notwendige Maßnahmen wie Bewusstseinsbildung zu setzen, um das allgemeine Verständnis von und Respekt vor dem Recht des Kindes auf Privatsphäre unter Eltern und Berufsgruppen, die für und mit Kindern arbeiten zu stärken.

**4. Familienleben und alternative Betreuung
(KRK Art. 5, 18 (1-2), 9-11, 19-21, 25, 47 (4) und 39)**

35/36. Familienzusammenführung

Der Ausschuss ist über die Dauer der Verfahren für die Familienzusammenführung und die Tatsache, dass diese durch das Quotensystem eingeschränkt und die Altersgrenze mit 15 Jahren limitiert ist, besorgt.

Er empfiehlt, alle Maßnahmen zu setzen, um sicher zu stellen, dass die Verfahren zur Familienzusammenführung in Übereinstimmung mit Art. 10 KRK sind.

37/38. Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder

Der Ausschuss begrüßt die unternommenen Änderungen im Strafrecht und Strafprozessrecht im Zusammenhang mit Missbrauch und Gewalt in der Familie. Er sieht Handlungsbedarf, die Effektivität bei der Strafverfolgung und im Opferschutz zu erhöhen.

Der Ausschuss empfiehlt daher:

- a) Training für das im Strafverfolgungs- und Genesungs- und Wiedereingliederungsprozess involvierte Personal anzubieten;
- b) Programme für Täter zur Veränderung ihrer Verhaltensweisen anzubieten;

- c) Genesungs- und Wiedereingliederungsprogramme für Opfer zu verbessern und
- d) einen „One-Stop-Service“ für multidisziplinäre und intersektorale Angebote einzurichten.

39/40. Züchtigung

Der Ausschuss schätzt das allgemeine umfassende Züchtigungsverbot – in der Familie, im Strafsystem und institutioneller Betreuung. Er ist jedoch darüber besorgt, dass die körperliche Züchtigung in der Familie noch praktiziert werden könnte.

Der Ausschuss empfiehlt, die Elternbildung und Bewusstseinsbildungskampagnen über gewaltlose Erziehung fortzuführen und eine Studie über die Häufigkeit und negativen Effekte von Gewalterfahrungen auf die Entwicklung von Kindern in Auftrag zu geben.

**5. Allgemeine Gesundheit und Wohlfahrt
(KRK Art. 6, 18 (3), 23-24, 26-27 (1-3))**

41/42. Jugendgesundheit

Die unternommenen Anstrengungen zur Kenntnis nehmend, bleibt der Ausschuss besorgt über Gesundheitsprobleme von Jugendlichen besonders über Drogen- und Tabakkonsum und Alkoholmissbrauch und darüber, dass die diesbezüglichen Regelungen in Länderkompetenz liegen. Weiters ist der Ausschuss besorgt über die Zugänglichkeit zu Selbstmordforen im Internet, in denen Jugendliche Erfahrungen und suizidale Gedanken austauschen.

Der Ausschuss empfiehlt, die Anstrengungen zur Verhinderung von Drogen- und Tabakkonsum sowie Alkoholmissbrauch zu verstärken und die unterschiedlichen Regelungen der Länder zu harmonisieren. Außerdem sind praktische Maßnahmen zu setzen, die den Zugang zu Informationen im Internet, die zum Suizid anregen, verhindern.

43/44. Schädliche traditionelle Praktiken

Der Ausschuss begrüßt die gesetzlichen Maßnahmen zur Verhinderung und Verfolgung von Fällen von FGM (Genitalverstümmelung). Er bleibt aber besorgt darüber, dass Mädchen und junge Frauen in MigrantInnengruppen weiterhin entweder in Österreich oder im Ausland beschnitten und dann zurückgebracht werden.

Der Ausschuss empfiehlt, die Anstrengungen zu verstärken, um diese Praktiken zu verhindern. Besonders erwähnt werden Bewusstseinsbildungskampagnen in diesen religiösen Gruppen und die strafrechtliche Verfolgbarkeit von FGM auf im Ausland durchgeführte Eingriffe auszudehnen.

45/46. Recht auf adäquaten Lebensstandard

Der Ausschuss schätzt die verschiedenen armutsbekämpfenden Maßnahmen, inklusive Familienleistungen und Erhöhung der Familienbeihilfen etc., bleibt aber besorgt über die hohe Armutsrate unter AlleinerzieherInnenfamilien, Mehrkinderfamilien und Familien mit Migrationshintergrund.

Der Ausschuss empfiehlt alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um Familienarmut, die Kinder beeinträchtigt zu reduzieren und zu verhindern. Er empfiehlt ferner, ökonomisch benachteiligten Familien wie AlleinerzieherInnen oder Familien mit Migrationshintergrund gut koordinierte finanzielle Unterstützungen zu gewähren, um das Recht des Kindes auf einen adäquaten Lebensstandard zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang sollen Maßnahmen verstärkt werden, die ganz besonders alleinerziehenden Müttern den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt erleichtern und hochqualitative und leistbare Kinderbetreuung auszubauen.

**6. Spezielle Schutzmaßnahmen
(KRK Art. 22, 38, 39-40, 37 (b-d), 32-36)**

47/48. Unbegleitete und von der Familie getrennte asylsuchende Kinder

Der Ausschuss anerkennt die Anstrengungen des Bundes und der Länder, die Zahl geeigneter Betreuungsplätze für unbegleitete und getrennte asylsuchende Kinder zu erhöhen, bleibt aber besorgt, weil die zur Verfügung gestellten Plätze und Betreuer noch nicht ausreichen im Vergleich zur Zahl der Bewerber.

Der Ausschuss empfiehlt,

- a) sicherzustellen, dass systematisch unbegleiteten und getrennten asylsuchenden Kindern Betreuer beigelegt werden, um das Kindeswohl zu wahren;
- b) sicherzustellen, dass alle Befragungen von unbegleiteten und getrennten asylsuchenden Kindern von professionell ausgebildetem Personal durchgeführt werden;
- c) adäquate Unterbringung sicherzustellen, die dem Entwicklungsstand von unbegleiteten und getrennten asylsuchenden Kindern entspricht; und
- d) volle Berücksichtigung des Kindeswohls bei der Entscheidung von Deportationen von von unbegleiteten und getrennten asylsuchenden Kindern und die Schubhaft zu vermeiden.

49/50. Ökonomische Ausbeutung von Kindern, inklusive Kinderarbeit

Der Ausschuss schätzt die Ratifikation der ILO-Konvention 138 bezüglich Mindestalter für die Zulassung zu bezahlter Arbeit, bleibt aber besorgt, dass die Gesetze leichte Kinderarbeit bereits ab 12 Jahren erlauben.

Der Ausschuss wiederholt die vorgängige Empfehlung (CRC/C/15/Add.98, para 28), dass die Gesetze in Übereinstimmung mit den Standards der ILO-Konvention 138 gebracht und das Mindestalter angehoben wird.

51/52. Sexuelle Ausbeutung, Pornographie und Kinderhandel

Der Ausschuss begrüßt die unternommenen Anstrengungen zur Bekämpfung von sexueller Ausbeutung und Kinderpornographie, wie sie im Aktionsplan gegen sexuellen Missbrauch und Kinderpornographie im Internet (1998) durch Training von Polizei und anderen Berufsgruppen beschlossen wurde. Auch die Anpassungen im Strafrechtsänderungsgesetz 2004, das Regelungen bezüglich Menschenhandel enthält, werden positiv bemerkt.

Der Ausschuss empfiehlt,

- a) die Anstrengungen zu verstärken und einen Nationalen Aktionsplan zu entwickeln und effektiv umzusetzen, wie im ersten und zweiten Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern (1996 und 2001) beschlossen wurde. Dieser soll das Zusatzprotokoll zur KRK bezüglich Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie sowie den bestehenden NAP von 1998 gegen sexuellen Missbrauch und Kinderpornographie im Internet berücksichtigen. Internationale und besonders regionale Kooperation soll weiter gestärkt werden;
- b) die Kapazitäten der Polizei und alles relevanten Personals zu verstärken, um vermehrt Anzeigen und Informationen bezüglich Kinderhandel und sexueller Ausbeutung entgegennehmen und verfolgen, in einer kindersensitiven Art zu stärken; z.B. durch Erhöhung der personellen und finanziellen Ressourcen und wo nötig, durch entsprechendes Training;
- c) den „Code of Conduct für die Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus“ zu stärken und zu unterstützen;
- d) Opfern von Kinderhandel, Prostitution und Pornographie Zugang zu Schutz- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zu sichern.

53/54. Jugendgerichtsbarkeit

Der Ausschuss ist besorgt über die steigende Zahl von Jugendlichen (unter 18-Jährigen) in Gefängnissen, den überproportional hohen Anteil von Ausländern und dass nicht alle Jugendlichen von Erwachsenen getrennt untergebracht sind.

Der Ausschuss empfiehlt,

- a) dass der Staat fortfährt sicherzustellen, dass folgende Standards und Regeln eingehalten werden: die Standards der KRK-Art. 37, 40 und 39; die UN-Standard-Minimum-Regeln für die Administration der Jugendgerichtsbarkeit (Peking-Regeln); die UN-Richtlinien für die Verhinderung von Jugendstrafbarkeit (Riyadh Richtlinien); die UN-Regeln für den Schutz von Jugendlichen, die ihrer Freiheit beraubt wurden und die Wiener Richtlinien im

- Kriminalrechtssystem und in Hinblick auf die Diskussion des Komitees über die Administration der Jugendgerichtsbarkeit (1995);
- b) in diesem Zusammenhang werden folgende Aktivitäten speziell empfohlen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen:
1. alternative Maßnahmen zur Haft, einschließlich Untersuchungshaft sollen gestärkt und so viel wie möglich angewandt werden, um sicherzustellen, dass Gefängnisstrafen wirklich die letztmögliche Maßnahme für die kürzest mögliche Zeit sind;
 2. Maßnahmen die sicherstellen, dass unter 18-Jährige strikt von erwachsenen Häftlingen getrennt untergebracht und auch tagsüber getrennt beschäftigt sind;
 3. Maßnahmen die sicherstellen, dass das Personal in Haftanstalten gut ausgebildet ist v.a. auch in Hinblick auf die relativ große Zahl von ausländischen jugendlichen Häftlingen;
 4. Maßnahmen, um die Datensammlung in allen relevanten Aspekten des Jugendstrafrechtssystems deutlich zu verbessern, die ein klares und transparentes Bild über das System zulassen und
- c) in Hinblick auf KRK-Art 40 (Abs. 1 und 4) geeignete Maßnahmen wie z.B. angemessene (Aus-)Bildung zu setzen, die die Resozialisation und soziale Wiedereingliederung von Kindern nach der Jugendgerichtsbarkeit in Kontakt waren, fördern.

7. Follow-up und Verbreitung

56. Follow-up

Der Ausschuss empfiehlt alle geeigneten Maßnahmen zu setzen, um die volle Implementierung dieser Empfehlungen sicherzustellen. Dazu gehört die Bekanntmachung an den Ministerrat, dem Nationalrat und den Landesregierungen sowie Landtagen und geeignete Überlegungen über weiterführende Maßnahmen.

57. Verbreitung der Informationen

Der Ausschuss empfiehlt weiters, dass der zweite periodische Bericht und die schriftlichen Antworten zur List of Issues sowie die entsprechenden Empfehlungen des Ausschusses der allgemeinen Öffentlichkeit, den NGOs, Jugendgruppen und Kindern selbst leicht zugänglich gemacht werden (nicht nur über Internet), um damit eine Diskussion anzuregen und mehr Kenntnis und Bewusstsein über die KRK, ihre Implementierung und ihr Monitoring zu erzielen.

8. Nächste Berichte

55. Erstbericht Zusatzprotokoll Kinderhandel

Der Ausschuss empfiehlt, dass der Erstbericht zur Umsetzung des Zusatzprotokolls zur KRK über Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie am 6. Mai 2006 vorgelegt wird.

58. 3. und 4. periodischer Bericht: 4. Sept. 2009

Der Ausschuss unterstreicht die Bedeutung der Berichtlegung in Übereinstimmung mit den Vorkehrungen von KRK – Art. 44 als wichtigen Aspekt der staatlichen Verpflichtungen gegenüber Kindern, dass der Ausschuss regelmäßig die Möglichkeit bekommt, die Implementierung der KRK zu überprüfen. In diesem Zusammenhang sind regelmäßige und rechtzeitige Berichte der Staaten wichtig. Der Ausschuss ersucht, den nächsten Bericht zum 4. Sept. 2009 vorzulegen. Dieser Bericht, der den 3. und 4. Bericht verbindet, soll nicht mehr als 120 Seiten umfassen (s. CRC/C/118). Der Ausschuss erwartet, dass danach regelmäßig alle fünf Jahre berichtet wird, wie es die KRK vorsieht.

CONSIDERATION OF REPORTS SUBMITTED BY STATES PARTIES UNDER
ARTICLE 44 OF THE CONVENTION

**Concluding Observations of the Committee on the
Rights of the Child: Austria**

1. The Committee considered the second periodic report of Austria (CRC/C/83/Add.8) at its 1007th and 1008th meetings (see CRC/C/SR.1007 and CRC/C/SR.1008), held on 14 January 2005, and adopted at 1025th meeting, held on 28 January 2005, the following concluding observations.

A. Introduction

2. The Committee welcomes the submission of the State party's second periodic report which was prepared in conformity with the guidelines of the Committee. It also expresses its satisfaction to the detailed written replies to the list of issues (CRC/C/Q/AUT/2) which included extensive statistical data and allowed the Committee to gain a clear understanding on the situation of children in the State party. The Committee also appreciates the presence of a high level inter-ministerial delegation and a frank and constructive dialogue.

B. Follow-up measures undertaken and progress achieved by the State party

3. The Committee notes with appreciation the follow-up measures taken by the State party pursuant to its previous recommendations. It further welcomes:
 - a) The incorporation of children's rights in the Constitutions of the Landers of Upper Austria, Vorarlberg and Salzburg;
 - b) The adoption of the Parent and Child Amendment Act in 2001;
 - c) The establishment of the Austrian Federal Youth Representative Council in 2001;
 - d) The ratification of the two Optional Protocols to the Convention on the Rights of the Child on the Involvement of Children in Armed Conflict and on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography as well as the ratification of ILO Convention No. 138 concerning Minimum Age for Admission to Employment in 2000 and of ILO Convention No. 182 concerning the Prohibition and Immediate Action for the Elimination of the Worst Forms of Child Labour in 2001.

D. Principle areas of concern and recommendations

1. General Measures of Implementation (arts. 4, 42 and 44, paragraph 6 of the Convention)

Committee's previous recommendations

4. The Committee notes with satisfaction that various concerns and recommendations (see CRC/C/15/Add.98) made upon the consideration of the State party's initial report have been addressed through legislative measures and policies. However, recommendations regarding, inter alia, reservations (para.7), coordinating body (para. 10), budget allocation for international cooperation (para. 12), and juvenile justice (para. 29) have not been given sufficient follow-up. The Committee notes that those concerns and recommendations are reiterated in the present concluding observations.
5. **The Committee urges the State party to make every effort to address those recommendations in the concluding observations on the initial report that have not yet been implemented and to address the ones in the present concluding observations.**

Reservations

6. The Committee takes note of the explanation by the delegation for the non-withdrawal of the reservations to articles 13, 15 and 17 but remains of the opinion that the reservations are – particularly in the light of the Vienna Declaration and Plan of Action adopted by the World Conference on Human Rights in 1993- not necessary.
7. **The Committee recommends that the State party reconsider the need for maintaining the existing reservations and continue and complete its review (para. 26 of the State party's report) with the view to withdraw the reservations in line with the Vienna Declaration and Plan of Action mentioned in the previous paragraph.**

Legislation

8. The Committee welcomes the legislative reforms aimed at improving conformity with the Convention. The Committee also notes that at the federal level the Austrian Convention for the constitutional reform has started in 2003, a reform which intends, inter alia, to include children's rights in the Constitution. However, the Committee is concerned that some domestic legislation in the State party does not yet fully conform to the principles and provisions of the Convention, inter alia, with regard to family reunification (article 10), protection of a child without a family (article 20) and refugee children (article 22).

9. **The Committee recommends that the State party continue and strengthen its efforts to incorporate the rights of the child in the Constitution both at Federal and Länder level. The Committee also recommends that the State party take all necessary measures to ensure that its domestic legislation fully conforms to the principles and provisions of the Convention, in particular with regard to its articles 10, 20 and 22 of the Convention.**

Coordination

10. While recognizing efforts to improve policy coordination, the Committee reiterates its previous concern regarding the lack of a specific body, at Federal and Länder level with a clear mandate to coordinate in a comprehensive manner the implementation of the Convention on the Rights of the Child.
11. **The Committee recommends that the State party undertake all measures to ensure the establishment of a permanent and effective coordination mechanism on the rights of the child at Federal and Länder level and that sufficient financial and human resources are allocated for the effective functioning of such a mechanism.**

National Plans of Action

12. The Committee notes with appreciation that the government approved in November 2004 a comprehensive National plan of Action “Young Rights Action Plan (YAP)” incorporating the objectives and the goals of the outcome document entitled “A World Fit for Children” following the 2002 United Nations General Assembly Special Session on Children.
13. **The Committee recommends that the YAP be finally approved by the Parliament and that the State party ensure that sufficient human and financial resources are timely allocated for its effective implementation and that it promotes and facilitates an active involvement of children and youth, parents and other interested and relevant bodies. It further recommends that the State party develop indicators for monitoring and evaluating the plan.**

International Cooperation

14. While welcoming the establishment of the Austrian Development Agency (ADA) in 2004 and the State party's commitment to raising the level of official development assistance (ODA) from the current 0.22 per cent of gross domestic product (GDP) to 0.33 per cent by 2006, the Committee expresses concern that the level of development assistance still falls short of the United Nations target of 0.7 per cent of GDP.
15. **In the light of its previous recommendations (para. 12, CRC/C/125/Add.98), the Committee recommends that the State party continue and strengthen its activities in the area of international cooperation and increase its official development assistance to 0.7 per cent of its GDP, as recommended by the United Nations, with special consideration of child rights focus in programmes and projects.**

Data collection

16. The Committee notes with appreciation the extensive data provided in the report as well as in the written replies. Nevertheless, the Committee regrets that disaggregated data in certain areas of the Convention are not available, e.g. on asylum seeking and refugee children, on domestic and inter country-adoptions and on budgetary expenditures for children with disabilities.
17. **The Committee recommends that the State party strengthen its efforts to develop a system for a comprehensive collection of comparative data on the Convention. This data should cover all children below the age of eighteen years and be disaggregated, with specific emphasis on vulnerable groups, including refugee and asylum seeking children.**

Dissemination of the Convention

18. While noting the efforts undertaken by the State party to make the provisions and the principles of the Convention widely known; the Committee is of the opinion that these efforts need to be strengthened and systematized.
19. **The Committee recommends that the State party pursue its efforts to make the provisions and principles of the Convention widely known and understood by adults and children. The Committee also encourages that the State party undertake a systematic education and training programme on the principles and provisions of the Convention of children, parents and all professional groups working for and with children. It further recommends that the State party include child's rights in various pre-service and in-service trainings for those targeted groups.**

2. General principles

(Arts. 2, 3, 6 and 12 of the Convention)

Non-Discrimination

20. The Committee notes the positive efforts made by the State party to address racial discrimination, which have also been recognized by the Committee on the Elimination of Racial Discrimination in its concluding observations (CERD/C/60/CO/1). However, the Committee is concerned at discriminatory attitudes and manifestations of neo-nazism, racism, xenophobia and related intolerance towards migrant communities and those of certain ethnic background and by its impact on children belonging to these groups as well as against refugees and asylum seeking children.
21. **The Committee recommends that the State party increase its efforts to ensure implementation of existing laws guaranteeing the principle of non-discrimination and full compliance with article 2 of the Convention, and adopt a proactive and comprehensive strategy to eliminate discrimination on any grounds and against children belonging to vulnerable groups.**

22. **The Committee requests that specific information be included, in the next periodic report, on the measures and programmes relevant to the Convention on the Rights of the Child undertaken by the State party to follow up on the Declaration and Programme of Action adopted at the 2001 World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance, taking into account the Committee's general comment No. 1 on article 29(1) of the Convention (aims of education).**
23. The Committee appreciates the information on the implementation of the Convention in the Länders and districts e.g. in the areas of the child and youth welfare and care services but notes with concern that various disparities exist which could in some instances amount to discrimination.
24. **The Committee recommends that the State party undertake efforts to harmonize the legal framework for child and youth welfare and care services and to introduce minimum standards in compliance with the Convention at the länder and district level. In addition, the Committee recommends that the State party systematically monitor and evaluate the quality, accessibility and availability of these services.**

Respect for the views of the child

25. The Committee welcomes the establishment of the Austrian Federal Youth Representative Council in 2001 and of a number of organizations at local levels. It also notes the efforts made as regards children's participation in the schools. However, the Committee is of the opinion that these efforts should be strengthened.
26. **The Committee recommends that the State party:**
 - a) **Strengthen its support to the Federal Youth Representative Council and other organizations at local levels, including through adequate provision of democratic structures and financial resources;**
 - b) **In the light of article 12 continues to promote within the family, schools, administrative bodies and other institutions respect for the views of children and to facilitate their participation in all matters affecting them; and**
 - c) **Reinforce awareness-raising campaign among the public in general as well as education and training of professionals in the implementation of this general principle.**
27. The Committee notes with appreciation the activities of the child help line "Rat auf Draht" and the support provided in that regard by the Government. However, the Committee is concerned that more structural support is needed for the further development and effective operation of this helpline.
28. **The Committee recommends that the State party continue and increase its support for the child helpline in such a structural manner to ensure that this important instrument for children to express their concerns and views and to seek help and advice, can operate in the most effective way.**

3. Civil rights and freedoms (Arts. 7, 8, 13-17 and 37(a) of the Convention)

The right to identity

29. The Committee is concerned at the practice of anonymous birth in the State party (also known as “baby flaps” or “baby nests”) and notes the information that some data on the parent(s) are collected in an informal manner.
30. **The Committee recommends that the State party undertake all necessary measures to prevent the use of the so called “baby flaps”. It further recommends that the State party, as a matter of urgency introduce and implement legal provisions and regulations for the separate registration of all relevant medical and other data, in particular the name and birth date of the parent(s) and allow the child at an appropriate time to have access to these data.**

Access to appropriate information

31. While welcoming the State party’s efforts to protect children from harmful media influence, the Committee shares the concern of the State party that the existing legal instruments for the limitation of the dissemination of racist, violent and violence inducing images, texts and games through internet and mass media as well as video computer games need to be reviewed and extended.
32. **The Committee recommends that the State party continues and strengthens its efforts to protect children from harmful information. It further recommends that the State party provide parental education and awareness-raising of children, to effectively protect children against violence on the Internet, television and computer games and encourage international cooperation in this respect.**

Protection of privacy

33. The Committee is concerned at the information from children and adolescents that their right to privacy is not fully respected in daily life such as their personal correspondence.
34. **The Committee recommends that the State party take the necessary measures such as awareness raising and educational campaigns to improve understanding of and respect for the child’s right to privacy among parents and other professional working for and with children.**

4. Family environment and alternative care

(arts. 5; 18 (paras.1-2); 9-11; 19-21; 25; 27 (para.4); and 39 of the Convention)

Family reunification

35. The Committee is concerned at the length of family reunification procedures and at the fact that it is restricted through the quota system and the age limit set for children at 15 years.
36. **The Committee recommends that the State party undertake all measures to ensure that family reunification procedures fully comply with article 10 of the Convention.**

Abuse, neglect and violence against children

37. The Committee welcomes the various amendments of criminal law and criminal procedure on sexual abuse and violence in the family. However, the Committee is concerned with the effectiveness of law enforcement and the recovery of child victims.
38. **The Committee recommends that the State party:**
 - a) **provide for training of personnel involved, both in the prosecution process as well as in the recovery process;**
 - b) **provide programmes for modification of attitudes and behaviour of abusers and perpetrators;**
 - c) **improve the recovery programmes for child victims; and**
 - d) **make an attempt to have a one-stop service where multidisciplinary and intersectorial services are provided.**

Corporal punishment

39. The Committee appreciates that corporal punishment has been prohibited by law in all settings, including in the family, the penal system and institutions of childcare. However, the Committee is concerned that corporal punishment may still be practiced in the family.
40. **The Committee recommends that the State party continue its public education and awareness raising campaigns on non-violent forms of discipline and child rearing. The Committee also recommends that the State party undertake studies on the prevalence of violence in children's experiences and the negative effects of corporal punishment on the development of children.**

5. Basic health and welfare

(arts. 6; 18, para. 3; 23; 24; 26; 27, paras. 1-3 of the Convention)

Adolescent health

41. While noting the efforts made by the State party, the Committee remains concerned about the health problems faced by adolescents, in particular about drug and tobacco use and alcohol abuse and that the regulations of their consumption by children and adolescent falls within the competence of Länders. Furthermore, the Committee is concerned at the suicide fora accessible on the internet where young people can exchange experiences and suicidal thoughts.
42. **The Committee recommends that the State party strengthen its efforts to prevent drug and tobacco use and alcohol abuse and to harmonize the different regulations in the various Länders on this matter. The Committee recommends that the State party undertake practical measures to prevent access information through internet that is inciting suicide.**

Harmful traditional practices

43. While welcoming the legal measures to prohibit and prosecute cases of female genital mutilation (FGM), the Committee is concerned that this practice involving girls and young women in the context of immigrant communities still occurs in Austria and abroad where certain children are taken to perform the procedure and brought back.
44. **The Committee recommends that the State party strengthen its efforts to prevent and eliminate this practice by conducting well targeted and appropriate educational campaigns in the context of religious communities and by considering the possibility of making punishable by law those involved in the performance of FGM outside of Austria.**

Right to adequate standard of living

45. The Committee notes with appreciation the various measures adopted by the State party to combat poverty, including the adoption of family related benefits, increase in child allowances to help families with children. However, the Committee remains concerned at the high rate of poverty, mainly affecting single-parent families, large families and families of foreign origin.
46. **The Committee recommends that the State party take all necessary measures to further reduce and eliminate family poverty which affect children. It also recommends that the State party continue to provide well coordinated financial assistance to support to economically disadvantaged families, in particular single-parent families and families of foreign origin, to guarantee the right of a child to an adequate standard of living. In this regard, efforts should be increased to support, in particular single mothers with re-entering the labour market and to extend good quality and affordable child day care facilities.**

6. Special protection measures

(arts. 22, 38, 39, 40, 37 (b)-(d), 32-36 of the Convention)

Unaccompanied and separated asylum seeking children

47. While the Committee acknowledges the efforts undertaken by the State party at the Federal and Länder level to increase the number of adequate accommodation places for unaccompanied and separated asylum seeking children, it remains concerned that the existing reception facilities are still insufficient compared to the number of applicants and that unaccompanied and separated asylum seeking children are not systematically accorded guardians.
48. **The Committee recommends that the State party:**
- a) **ensure that guardians are systematically appointed to unaccompanied and separated asylum seeking children and ensure that the best interests of the child are duly taken into account;**
 - b) **ensure that all interviews with unaccompanied and separated asylum seeking children are carried out by professionally qualified and trained persons;**
 - c) **provide for adequate accommodation taking into account the state of development of all unaccompanied and separated asylum seeking children; and**
 - d) **fully take into account the principle of the best interest of the child when deciding on the deportation of unaccompanied and separated asylum seeking children and to avoid their placement in custody pending deportation.**

Economic exploitation, including child labour

49. The Committee notes with appreciation the ratification of the ILO Convention 138 concerning Minimum Age for Admission to Employment, it remains concerned that domestic legislation continues to permit children from the age of 12 to be involved in light work.
50. **The Committee reiterate its previous recommendation (CRC/C/15/Add.98, para. 28) that the State party amend its domestic legislation in order to raise this age in accordance to the standard of ILO Convention No. 138.**

Sexual exploitation, pornography and trafficking

51. The Committee welcomes the State party's efforts in addressing the sexual abuse and child pornography, e.g. the National Plan of Action of 1998 against Sexual Abuse and Child Pornography in the Internet and through training of the police and other professionals. The Committee also notes the Criminal Law Amendment Act of 2004 which contains a new regulation on trafficking in human beings.
52. **The Committee recommends that the State party:**

- a) **strengthen its efforts to formulate and effectively implement a National Plan of Action against commercial sexual exploitation and trafficking as agreed at the First and Second World Congresses against Commercial Sexual Exploitation of Children (1996 and 2001) taking into account the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on sale of children, child prostitution and child pornography and the existing National Plan of Action of 1998 against Sexual Abuse and Child Pornography in the Internet. International and especially regional cooperation should be further strengthened;**
- b) **strengthen the capacity of the police and relevant personnel to receive complaints and investigate cases of trafficking and sexual exploitation in a child sensitive manner, inter alia, by increasing human and financial resources, and where necessary, by providing appropriate training;**
- c) **promote and support the implementation of the “Code of Conduct for the protection of children of sexual exploitation in tourism”; and**
- d) **ensure that children victims of trafficking, prostitution and pornography in the State party have access to appropriate recovery and reintegration programmes and services.**

Juvenile Justice

- 53. The Committee is concerned about the increasing number of persons below 18 placed in detention, disproportionately affecting those of foreign origin and that persons below 18 may not always be separated from adults.

- 54. **The Committee recommends that the State party continue:**
 - a) **ensure the full implementation of juvenile justice standards and in particular articles 37, 40 and 39 of the Convention, as well as the United Nations Standard Minimum Rules for the Administration of Juvenile Justice (the Beijing Rules), the United Nations Guidelines for the Prevention of Juvenile Delinquency (the Riyadh Guidelines), the United Nations Rules for the Protection of Juveniles Deprived of their Liberty and the Vienna Guidelines for Action on Children in the Criminal Justice System and in the light of the Committee’s 1995 discussion day on the administration of juvenile justice;**
 - b) **in this regard the following activities are particularly recommended and need special attention:**
 - i. **alternative measures for detention, including pre-trial detention should be strengthened and applied as much as possible in order to ensure that this deprivation of liberty is really a measure of last resort for the shortest time possible,**
 - ii. **measures to ensure that persons below 18 in detention are strictly separated from adult detainees, also during day time activities,**

- iii. **measures to make sure that the staff in juvenile detention centers is well trained to deal in a proper and adequate manner with the relatively high number of persons below 18 of foreign origin,**
- iv. **measures to significantly improve collection of data on all relevant aspects of the juvenile justice system in order to obtain a clear and transparent picture of the practices; and**
- c) **in the light of article 40 paras. 1 and 4, take appropriate measure to promote the recovery and social reintegration of the children involved in the juvenile justice system, including adequate education and facilitate reintegration in the society.**

7. Optional Protocols to the Convention on the Rights of the Child

- 55. **The Committee recommends that the State party submit its initial reports under Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on sale of children, child prostitution and child pornography in due time, i.e. on 6 May 2006.**

7. Follow-up and dissemination

Follow-up

- 56. The Committee recommends the State party to take all appropriate measures to ensure full implementation of the present recommendations, inter alia, by transmitting them to the members of the Council of Ministers, the Federal Assembly, and to Länder Governments and Parliaments for appropriate consideration and further action.

Dissemination

- 57. The Committee further recommends that the second periodic report and written replies submitted by the State party and related recommendations (concluding observations) it adopted be made widely available, including through Internet (but not exclusively), to the public at large, civil society organizations, youth groups, and children in order to generate debate and awareness of the Convention, its implementation and monitoring.

8. Next report

- 58. The Committee underlines the importance of a reporting practice that is in full compliance with the provisions of article 44 of the Convention. An important aspect of States parties' responsibilities to children under the Convention is ensuring that the Committee on the Rights of the Child has regular opportunities to examine the progress made in the implementation of the Convention. In this regard, regular and timely reporting by States parties is crucial. The Committee urges the State party to submit the next report by 4. September 2009. Such a report which is a combines the 3rd and 4th periodic should not exceed 120 pages (see CRC/C/118). The Committee expects the State party to report thereafter every five years, as foreseen by the Convention.